

Ä1

Antrag

Initiator*innen: Yannick Brugger, Tjado Stemmermann (dort beschlossen am: 08.03.2023)

Titel: Ä1 zu A14: Klimaschutz darf nicht heute an gestern scheitern. Denkmalschutz abschaffen.

Titel

Ändern in:

Klimaschutz darf nicht heute an gestern scheitern. Denkmalschutz reformieren.

Antragstext

Von Zeile 7 bis 11 einfügen:

Ein zentrales Problem - gerade bei älteren Bauten - ist der Denkmalschutz: Der Schutz von Stuck und alten Fassaden wird zu oft einer guten und schnellen Sanierung vorgezogen. Ein schönes Erscheinungsbild gegenüber der Straße ist oft wichtiger als Solaranlagen. Kurzum: Das Festhalten an gestern blockiert immer wieder den klimagerechten Umbau unserer Stadt und gefährdet so das Wohl zukünftiger Generationen.

Von Zeile 17 bis 19:

beim Denkmalschutz. Als GRÜNE JUGEND fordern wir darum, dass der Denkmalschutz ~~in seiner jetzigen Form abgeschafft~~ reformiert wird. Historische Gebäude sollen in ihrer

Substanz weiterhin geschützt werden, um klimaschädliche Neubauten zu vermeiden,

Von Zeile 35 bis 36 einfügen:

unter Denkmalschutz stehende klimaschädliche Infrastruktur ihren Schutz verliert.

Für uns ist klar: Notwendige Maßnahmen für den Klimaschutz dürfen nicht weiter am Denkmalschutz scheitern. Deswegen müssen die Gesetze zum Denkmalschutz insoweit reformiert werden, dass Maßnahmen der energetischen Sanierung und der Produktion erneuerbaren Energien nicht durch denkmalschutzrechtliche Vorgaben verhindert werden dürfen, es sei denn, es wiegen außerordentlich wichtige denkmalschutzrechtliche Belange dagegen. Dies soll die absolute Ausnahme bleiben und nur bei einem geringen Teil der Bausubstanz angewendet werden dürfen. In diesen Fällen muss ein Recht darauf eingeführt werden, die energetischen Maßnahmen in anderer Weise mit dem gleichen Nutzen zu erfüllen, beispielsweise durch Maßnahmen auf anliegenden Gebäuden oder durch Ausgleichszahlungen für Klimaschutzmaßnahmen.

Begründung

Es gibt durchaus Gründe, weshalb der Denkmalschutz seine Berechtigung hat. Indem die Reformierung statt der Abschaffung gefordert wird, tragen wir diesen Gründen Rechnung.